

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Kühn (Dresden), Matthias Gastel, Tabea Rößner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/7887 –

Verkehrspolitik auf Klimaschutzziele ausrichten

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, in dem sie davon ausgehen, dass die Verkehrspolitik bislang nur unzureichend die Erreichung von Klimaschutzziele berücksichtige. Zur Erreichung der klimapolitischen Ziele müsse der Verkehrssektor seinen Wachstumspfad verlassen und der Energieverbrauch müsse deutlich reduziert werden. Nach dem Willen der Antragsteller soll die Bundesregierung aufgefordert werden, das Aktionsprogramm „Klimaschutz 2020“ grundlegend zu überarbeiten und ein Konzept „Klimaschutz im Verkehr“ mit verbindlichen CO₂-Reduktionszielen vorzulegen. Ferner soll nach den Forderungen der Antragsteller die Bundesregierung einen Bundesnetzplan vorlegen, Maßnahmen im Bereich der Bahnpolitik und Elektromobilität ergreifen, eine Treibhausgas-minderungsstrategie vorlegen und den Nationalen Radverkehrsplan fortentwickeln.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/7887 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2016

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Martin Burkert
Vorsitzender

Arno Klare
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Arno Klare

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/7887** in seiner 179. Sitzung am 23. Juni 2016 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller gehen davon aus, dass die Verkehrspolitik bislang nur unzureichend die Erreichung von Klimaschutzzielen berücksichtige. Zur Erreichung der klimapolitischen Ziele müsse der Verkehrssektor seinen Wachstumspfad verlassen; der Energieverbrauch müsse deutlich reduziert und der Einsatz erneuerbarer Energien vorangetrieben werden. Nach dem Willen der Antragsteller soll die Bundesregierung aufgefordert werden, das Aktionsprogramm „Klimaschutz 2020“ grundlegend zu überarbeiten und ein Konzept „Klimaschutz im Verkehr“ mit verbindlichen CO₂-Reduktionszielen vorzulegen. Ferner fordern die Antragsteller, die Bundesregierung solle einen Bundesnetzplan vorlegen, der nicht einzelne Vorhaben, sondern die Leistungsfähigkeit des Gesamtnetzes in den Vordergrund stelle. Die Antragsteller wollen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Bahn eine stärkere Position im Verkehrsmarkt erreicht. Dafür sei es erforderlich, für die Bahn faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Auch der Deutschland-Takt könne die Stellung der Bahn verbessern. Weiterhin soll nach Meinung der Antragsteller die Elektromobilität im Rahmen einer neuen Mobilitätspolitik gefördert werden, die die Vernetzung der Verkehrsträger angemessen berücksichtigt. Weiter halten sie eine Treibhausgasminierungsstrategie für erforderlich und plädieren dafür, den Nationalen Radverkehrsplan fortzuentwickeln.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 18/7887 in seiner 88. Sitzung am 21. September 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 21. September 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag auf Drucksache 18/7887 in seiner 74. Sitzung am 21. September 2016 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, sie teile die grundsätzlich kritische Haltung des Antrags nicht. Deutschland sei ein Vorreiter bei der Energiewende, auch im Verkehrsbereich. Der Bundesverkehrswegeplan markiere eine positive Weiterentwicklung, zumal er einen Schwerpunkt auf den Bereich Schienenverkehr lege. Der Netzausbau sei ein wichtiges Anliegen. Auch im Bereich der Elektromobilität sei man mit verschiedenen Fördermaßnahmen auf einem guten Weg. Gleiches gelte für den Radverkehr, für den weitere Mittelerhöhungen vorgesehen seien. Regeln für den Luftverkehr müssten auf internationaler Ebene getroffen werden und man begrüße, dass die Bundesregierung sich dort für einen umweltfreundlicheren Luftverkehr einsetze.

Die **Fraktion der SPD** betonte, das Klimaschutz-Abkommen, zu dessen Einhaltung sich Deutschland verpflichtet habe, enthalte eine konkrete Einsparungsvorgabe beim CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor. Es sei unzutreffend, den vorgesehenen Maßnahmen lediglich einen Placebo-Effekt zu attestieren. Fahrtrainings mit dem Ziel des spritsparenden Fahrens dienen der Suffizienz und sollten verstärkt durchgeführt werden. Die Bundesregierung habe durch die signifikante Erhöhung der Regionalisierungsmittel den Schienenpersonennahverkehr massiv gestärkt. Der Bundesverkehrswegeplan setze Schwerpunkte bei den Verkehrsträgern Schiene und Wasserstraße und fördere den Klimaschutz.

Die **Fraktion DIE LINKE** unterstützte den Antrag und begrüßte, dass dieser schwerpunktmäßig die Förderung der Elektromobilität im Rahmen des öffentlichen Nahverkehrs und nicht im Rahmen des Individualverkehrs fördere. Allerdings sei mit solchen Maßnahmen der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft nicht zu erreichen, da es an sozialen Innovationen fehle. Solange die Hypermobilisierung weiter vorangetrieben und auch noch durch die Subventionierung von Dienstwagen staatlich gefördert werde, nützten individuelle Verhaltensänderungen zum Energiesparen wenig, weil die gesamtgesellschaftliche Entwicklung diametral entgegenlaufe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bezeichnete die Maßnahmen der Bundesregierung als unzureichend. Der Bundesverkehrswegeplan sei in seiner jetzigen Form eine vertane Chance. Die mit dem Plan verbundenen CO₂-Minderungsziele seien so niedrig angesetzt, dass die Klimaschutzziele in diesem Jahrhundert gar nicht mehr erreicht werden könnten, obwohl man sich international auf eine Dekarbonisierung des Verkehrssektors zur Mitte des Jahrhunderts verständigt habe. Sie unterstrich die Notwendigkeit eines integrierten Bundesmobilitätsplans und kritisierte die Höhe der öffentlichen Mittel für Kaufprämien für private Pkw mit Elektro-Antrieb. Um Ziele im Bereich der Suffizienz zu erreichen, sei eine Änderung des ordnungspolitischen Rahmens nötig.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/7887.

Berlin, den 21. September 2016

Arno Klare
Berichtersteller